

Nach dem „Fest“ 2010 wird Bilanz gezogen

KMK an GmbH beteiligt / OB dankt Projektgruppe

Von unserem Redaktionsmitglied
Tina Kampf

Der Gemeinderat hat gestern wohl die letzte entscheidende Weiche zur Weiterführung von „Das Fest“ in der Günther-Klotz-Anlage gestellt: Mehrheitlich stimmte das Gremium der Gründung einer neuen GmbH zu, an der sich zu 26 Prozent die Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK), zu 25 Prozent der Stadtjugendausschuss und zu 49 Prozent private Unternehmen (die big-Gruppe, der Rock Shop, die Privatbrauerei Hoepfner und Getränke Ball) beteiligen. Bis die Gründung erfolgt ist, wird der Stadtjugendausschuss als bisheriger Träger des Festivals die Vorbereitung für 2010 übernehmen.

Ziel sei es, „Das Fest“ mindestens bis zum Stadtgeburtstag 2015 am Leben zu erhalten, stellte Oberbürgermeister Heinz Fenrich klar. Für drei Jahre übernimmt die Stadt dabei zunächst eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 150 000 Euro. Schon nach dem Festival im kommenden Jahr müsse jedoch geprüft werden, ob es tatsächlich 2011 weitergehen könne: „Derzeit bin ich überzeugt, dass dies der Fall sein wird“, versicherte Fenrich. Er sprach ebenso wie zahlreiche Stadträte der von Martin Wacker geleiteten Projektgruppe zur Rettung von „Das Fest“ seinen Dank aus. Es sei davon auszugehen, dass durch die von diesem Team vorgeschlagene Reservierungsgebühr und das so genannte Zwei-Zonen-Modell bisher bestehende Probleme gelöst wer-

den könnten, so der Verwaltungschef. Die Linken hatten versucht, die Zugangsgebühr in Höhe von fünf Euro zu verhindern. Zudem wollten sie durchsetzen, dass auch künftig das gesamte Areal für alle Besucher zugänglich bleibt. Sie scheiterten in beiden Punkten, fanden aber eine Mehrheit für den Vorschlag, dass bei der Werbung künftig explizit „das Feiern ohne Alkohol als Positiv-Image“ mit einbezogen wird.

Unterschiedlich bewerteten die Fraktionen die Beteiligung der KMK und die Auswirkungen der beschlossenen Veränderungen. „Wir fürchten, dass wir ‚Das Fest‘ 2010 nicht mehr erkennen“, sagte Stadträtin Bettina Meier-Augenstein (CDU). Zudem wolle sie weitere negative Schlagzeilen für die Messe vermeiden. Wenn diese sich sinnvoll einbringe, sehe er die Chance eines Imagegewinns, hielt Heinrich Maul (SPD) dagegen, der Änderungen als notwendig bezeichnete.

Eine „Kommunalisierung der Verluste sowie einer Privatisierung im Gewinnfall“ fürchtete Stadtrat Klaus Heilgeist (CDU), der am Ende seine Zustimmung verweigerte: Seiner Einschätzung zufolge sei das Risiko der privaten Gesellschafter vergleichsweise niedrig. „Diese Sponsoren haben in der Vergangenheit in hohem Maße dazu beigetragen, dass das Fest am Leben blieb“, entgegnete Fenrich. Künftig sei eine „schwarze Null“ das Ziel. Einer Kommerzialisierung werde eine Absage erteilt. Ganz ohne „Top-Acts“ werde es jedoch nicht gehen, die Frage sei nur, auf welchem Level diese angesiedelt sind.



Aus dem Gemeinderat



„DAS FEST“ wird auch 2010 in der Günther-Klotz-Anlage stattfinden, der Gemeinderat stellte gestern Abend dafür die letzten Weichen.

Gemeinderat in Kürze

Duldung droht

Die Grünen-Fraktion sorgt sich in einer Anfrage um 40 in Karlsruhe lebende Menschen mit einer so genannten „Aufenthaltserlaubnis auf Probe“. Der Personenkreis sei in der Wirtschaftskrise von Arbeitsplatzverlust bedroht und könnte deshalb den Aufenthaltsstatus verlieren. Die Folge – nach zwei Jahren ohne Arbeit – wäre eine bloße Duldung. Man wolle mögliche Ermessensspielräume ausschöpfen, antwortete die Verwaltung in ihrer Stellungnahme, warte aber noch auf entsprechende Handlungsanweisungen des Innenministeriums. dis

Zeitarbeit geht zurück

Die Stadtverwaltung rechnet damit, dass die Zahl der über Zeitarbeit beschäftigten Personen infolge der derzeitigen Wirtschaftslage weiter zurückgeht. Zwischen Ende 2008 und dem ersten Quartal 2009 ging der Anteil um 15 Prozent zurück. Das geht aus Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage der Links-Stadträten Sabine Zürn und Niko Fostiropoulos hervor. Die Zahl der Menschen, die zusätzlich zu ihrem Einkommen Arbeitslosengeld II beziehen, ist in diesem Jahr um acht Prozent gestiegen. dis

Integration verlagert

Integrationsmaßnahmen für Schüler mit Handicaps an Hauptschulen, die geschlossen werden, sollen an anderen Schulen weitergeführt werden. Das antwortet die Stadtverwaltung auf eine Anfrage der Links-Stadträten Niko Fostiropoulos und Sabine Zürn. Die Neuordnung der Schulen dürfe nicht zulasten der Integrationschancen von behinderten Schülern gehen. dis